
FORUM: Programmdiskussion

Dieter Wunder:

Das Dilemma eines neuen Grundsatzprogramms

Dr. Dieter Wunder, geb. 1936 in Düsseldorf, Studium der Germanistik und Geschichte in Göttingen, München und Hamburg, ist seit 1981 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Vier Jahre lang diskutierten Funktionäre, Experten und Interessierte Überlegungen zu einem neuen Grundsatzprogramm, ohne daß in der Öffentlichkeit oder in den Gewerkschaften eine größere Resonanz zu spüren war. Nichts wurde geheimgehalten. Wer wollte, konnte Zutritt zu den Diskussionen finden, ja Einfluß auf sie nehmen. Kurz bevor der Bundesvorstand endgültig am 5. März 1996 den Entwurf beschloß, formierte sich im Dezember 1995 - von Frankfurt ausgehend - eine kritische Opposition mit Einwänden, sei es formaler (nicht genügend Zeit zur Beratung), sei es kritisch-grundsätzlicher Art, allerdings ohne daß Alternativen vorgelegt wurden oder werden. Eine mehr als eigenartige Situation.

Der Programmentwurf ist zunächst einmal gegen seine Kritiker zu loben, denn er beschreibt die gegenwärtige Praxis der Gewerkschaften - an manchen Stellen allerdings eher vom Wunschdenken, wie die Praxis sein sollte, denn von der betrieblichen Realität geprägt, ohne daß dieses Spannungsverhältnis erklärt würde. In einer Welt überraschenden Wandels versuchen die Gewerkschaften, ihre grundsätzlichen Positionen für die Gestaltung der Arbeitswelt zu behaupten und zugleich in Auseinandersetzung mit neuen Realitäten handlungsfähig zu bleiben. Die soziale Marktwirtschaft wird gegen ihre neoliberalen Feinde verteidigt und gerechtfertigt, aber der Entwurf verschließt nicht die Augen vor der Tatsache, daß das traditionelle Normalarbeitsverhältnis erodiert. Neue (problematische) Beschäftigungsverhältnisse werden nicht pauschal abgelehnt, vielmehr gibt der Entwurf Wege an, wie sie regulierbar und bisherigen sozialen Maßstäben sich annähernd gestaltet werden können, gibt es also auf, sie grundsätzlich zu bekämpfen - in der Einsicht, daß ihre Abschaffung, zumindest derzeit, nicht möglich ist. Der Entwurf setzt sich mit den Entwicklungen der Individualisierung ebenso auseinander wie mit den Forderungen der neuen Frauenbewegung. Er verzichtet weitgehend auf die großen Worte und läßt sich auf die vorhandene Realität ein. Und er ist ehrlich, er täuscht nicht gewerkschaftliche Zielsetzungen vor, die in der Praxis der Gewerkschaften keine Rolle spielen. Schon insofern ist der Programmentwurf ein großer Fortschritt gegenüber dem Grundsatzprogramm von 1981, das auf den heutigen Leser wie aus einer unwirklichen Traumwelt wirken muß, als man noch guten Gewissens Wünsche äußern und als Programm ausgeben konnte.

Die geschilderten Vorteile des Entwurfs sind zugleich seine Probleme und machen ihn sich selbst zum Gegner. Die Gewerkschaften bekennen sich zu einem Zeitpunkt eindeutiger denn je zur sozialen Marktwirtschaft, da deren bisherige Protagonisten genau diese soziale Marktwirtschaft aufgeben, sich selbstbewußt oder verlegen von ihr verabschieden. Die gesellschaftliche Wirklichkeit, gekennzeichnet von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und zunehmender Armut, im Osten bestimmt vom Bruch des Versprechens, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, entspricht nicht mehr dem Ideal der sozialen Marktwirtschaft. Einflußreiche Industrielle wie Politiker - dafür mögen Henkel wie Gerhardt stehen - propagieren inzwischen nicht nur

durch ihre politische Praxis, sondern auch in Sonntagsreden die *reine* Marktwirtschaft, traditionell gesprochen: Kapitalismus pur. Wenn dem so ist, wie kann dann ein Entwurf Zustimmung finden, gar Identifikation anpeilen, der einem Ideal westdeutscher Tradition entspricht, aber nicht mehr die gegenwärtige Wirklichkeit trifft? Insofern wirken manche Formulierungen doch wieder wie traditionelle Gewerkschaftsrhetorik - Erreichbarkeit wird unterstellt, ohne daß dies immer plausibel ist. Das Ziel Vollbeschäftigung wird proklamiert; viele Vorschläge, die zu diesem Ziel hinführen könnten, werden formuliert, aber wer ist schon überzeugt, daß damit Vollbeschäftigung tatsächlich herstellbar sei? Im Unbehagen an den Aussagen zur sozialen Marktwirtschaft können sich die unterschiedlichsten Gruppen in den Gewerkschaften treffen. Diejenigen, die sich nach der Klarheit von 1981 zurücksehnen, diejenigen, denen der Modernisierungsschritt dieses Programmentwurfs zu dürftig ist, diejenigen, die von der Theorie sowieso nicht viel halten, denen es aber zu weit geht, sich gleichsam als Bekehrte der sozialen Marktwirtschaft vorgeführt zu sehen, da diese selbst im Sterben begriffen zu sein scheint.

In der Diskussion um den Entwurf ist es wenig hilfreich, wenn seine Anhänger oder Kritiker mit traditionellen Kategorien wie links und rechts bedacht werden. Natürlich sind die traditionalistischen Argumente unüberhörbar, wir alle sind da sehr hellhörig, kommen doch viele von uns aus ähnlichen Vergangenheiten. Aber wie immer die Worte lauten mögen - wäre es nicht auch möglich, daß die Stoßrichtung der Argumentation richtig ist, nur die verwandten Begriffe problematisch? Können nicht Traditionalisten etwas Richtiges spüren, selbst wenn sie mit überholtem Vokabular arbeiten? Kritik sollte mithin jeweils daraufhin geprüft werden, ob sie nicht schwache Stellen zu Recht benennt.

Die Kritiker bemängeln im Entwurf das Fehlen einer umfassenden Analyse wie die Entwicklung einer Vision. Daß sie beides bisher nicht vorgelegt haben, nur skizzieren, in welche Richtung solche geschehen müßte, weist auf das eigentliche Dilemma eines Grundsatzprogrammes hin. Analysen der gegenwärtigen Entwicklung werden auf dem Meinungsmarkt in vielfältigster Weise angeboten. Man kann sich auf die offiziellen internationalen Agenturen der hochentwickelten Industrieländer stützen - OECD, Weltbank und

Internationaler Währungsfonds - , man kann Robert Reich, Horst Afheldt oder Ulrich Beck zu Rate ziehen, viele andere mehr (Frank Deppe, Robert Kurz u. a.). Die Festlegung auf Analysen ist nicht nur mit dem Problem verbunden, sich auf *eine* Beschreibung unserer Gegenwart und ihrer möglichen Entwicklung einzulassen, sie wirft auch das Problem auf, was eigentlich damit geleistet sei für die praktische Politik der Gewerkschaften. In der Vergangenheit schien die Sache klar zu sein, die Mängel des kapitalistischen Systems, seine Strukturmerkmale, mußten herausgearbeitet werden, um den Übergang in eine jenseits des Kapitalismus liegende Gesellschaft - für viele von uns mit dem Namen Sozialismus gekennzeichnet - zu rechtfertigen. Da uns heute die Gewißheit über die zukünftigen Entwicklungen abhanden gekommen ist, jedenfalls über die Zukunft mit einem besseren gesellschaftlichen System, fehlt den Analysen der eigentliche Widerpart.

Wer sich die Mühe macht, das Grundsatzprogramm von 1981 zu lesen, wird übrigens erstaunt feststellen: diesem Programm fehlt weitgehend die Analyse der damaligen Gesellschaft, der jetzige Entwurf enthält demgegenüber eine Fülle von Beschreibungen gesellschaftlicher Tendenzen, also erste Ansätze einer Analyse. Woher rührt also der moralische Impuls der Kritiker und deren Wiederhall? Ich sehe zwei Gründe: Wer die Ausführungen von 1981 studiert, dem wird klar, daß dem Programm unausgesprochen zwei Annahmen zugrunde lagen. Der gesellschaftliche Fortschritt wird den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Forderungen möglich machen; mit diesem ungebrochenen Optimismus gepaart war die vage Hoffnung, daß das kapitalistische System eines Tages durch ein besseres abgelöst werde. Faktisch lag dem also eine kapitalismuskritische, zugleich vom Fortschrittsdenken der Gewerkschaftsbewegung getragene Sicht der geschichtlichen Entwicklung zugrunde. Da eine solche Sicht heute nicht mehr möglich ist, ein Ersatz, jedenfalls mit einem breitgetragenen Konsens, fehlt, steht der Ruf nach einer Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen in gewisser Weise stellvertretend für die Unsicherheit oder Hilflosigkeit, die die Gewerkschaften wie auch andere gesellschaftliche Kräfte kennzeichnet.

Der am heftigsten beklagte Mangel des Entwurfes ist das Fehlen gesellschaftlicher Visionen. Aber woher soll eigentlich der DGB die Sicherheit für Visionen nehmen, da nirgends sonst solche angeboten werden? Weder allgemeine Postulate über die Gestaltung der Gesellschaft entsprechend den menschlichen Bedürfnissen noch beispielsweise die kommunitaristischen Forderungen einer Besinnung auf gemeinsame Werte können dem politischen Anspruch an eine wünschenswerte Vision gerecht werden. Wir können eigentlich nur konstatieren, daß die jetzige Form des Kapitalismus von uns nicht akzeptiert wird, aber über diese Negation hinaus haben wir keine Sicherheiten. Daher scheint es mir geziemender zu sein, die traditionellen Wertvorstellungen der Gewerkschaften kurz zu benennen und Ziele aufzustellen, die sich im pragmatischen Horizont dieser Jahre bewegen. Die Kritiker des Grundsatzprogramms haben in vielem, da sich auf negierende

Positionen beschränkend, recht, und doch hilft das den Gewerkschaften überhaupt nicht. Die Gewerkschaften brauchen einen Kompaß hier und heute, um unter Bedingungen sich globalisierender Märkte und sich verschlechternder ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen wenigstens gewisse gemeinsame Fixpunkte zu haben, an denen sie sich orientieren. Diese Funktion erfüllt der Entwurf, und insofern kann er im Prinzip zufriedenstellen. Eine gravierende Schwäche ist allerdings der Titel. Mit dem Wort „Grundsatzprogramm“ wird etwas assoziiert, was den vorliegenden Text nicht trifft. Ein bescheidenerer Ausdruck für die Beschreibung und Erläuterung der augenblicklichen Praxis der Gewerkschaften wäre angebracht.

Eine Alternative müßte eigentlich ein grundsätzlich anderer Text sein. Abänderungsanträge können die Grundkonzeption - als Widerspiegelung der Gewerkschaftsrealität - nicht verbessern. Die Gefahr besteht freilich, daß wir mangels anderer Auswege punktuell das Wunschenken von 1981 restituieren - dies wäre keine Lösung. Im übrigen wird man sich über Einzelvorstellungen zu Veränderungen des sozialen Sicherungssystem streiten können, man wird Akzente im Bekenntnis zu Europa verändern können, aber die Erläuterung der gegenwärtigen Praxis kann nicht mehr sein, als was diese Praxis tatsächlich darstellt. Da erscheint es mir wenig hilfreich, an der einen oder anderen Stelle zur traditionellen Rhetorik zu greifen. Welche Aussage wird eigentlich praktisch gemacht, wenn der Gegensatz von Kapital und Arbeit wiederholt bekräftigt und gar zum Grundwiderspruch erklärt wird¹: Die Betriebsräte und die Belegschaft eines ostdeutschen Betriebes, der kaum überleben kann, werden der Nichteinhaltung des Tarifvertrages zustimmen. Staatliches Handeln allein aus dem Widerspruch von Kapital und Arbeit zu erklären, scheint müßig; es hilft weder der ÖTV in ihren Tarifauseinandersetzungen noch der GEW im Kampf mit Landesregierungen um Lehrer- und Hochschullehrerstellen. Die Widerspruchsformel befriedigt emotionale Bedürfnisse und hat insofern selbstverständlich ihre Berechtigung, aber sie ist weder ein analytisches Instrument, das neue Handlungsmöglichkeiten erschließt, noch ein heuristisches Instrument, das geeignet ist, in der gegenwärtigen Lage gewerkschaftliche Ziele genauer zu bestimmen.

An wenigen Beispielen möchte ich weitere Schwächen des Entwurfes beleuchten. Die Globalisierung und ihre Auswirkungen werden verschiedentlich zu Recht benannt, eine Vorstellung, welchen Charakter die Weltwirtschaft derzeit eigentlich hat, wird nicht entwickelt. Schwellenländer werden wohl erwähnt, aber die Unterschiedlichkeit der industrialisierten Länder - vom Marktradikalismus Neuseelands bis hin zum bisherigen Modell Deutschland -, die Eigentümlichkeiten der Schwellenländer (wie ihrer autoritären Strukturen) und die Vielfalt der Entwicklungsländer werden nicht beschrieben, gar erklärt, ihre zukünftigen Veränderungsmöglichkeiten nicht

¹ Hilfreicher erscheint mir die Umformulierung von „Kapital und Arbeit“ durch Walther Müller-Jentsch/Hans Joachim Sperling (GMH 1/96). Sie stellen die Logik von Kosten und Effizienz der Logik sozialer Fairneß und sozialer Gerechtigkeit gegenüber. Damit wird allerdings der „erlösende“ Charakter der traditionellen Floskel durch eine Problemformulierung abgelöst, die ein Ausweichen nicht erlaubt.

gedeutet. Ein Gedankenspiel: Wie wäre es eigentlich, wenn wir die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Entwicklungen auch als ersten und sehr widersprüchlichen Schritt zu Angleichung der Lebensverhältnisse auf dieser Erde ansehen würden, etwa derart, daß die reichen Länder von ihrem Reichtum zugunsten der armen Länder abgeben müssen? Spinnt man diesen Gedanken aus, könnte aus historischer Sicht daran eine ganze Menge richtig sein, die praktische Perspektive für die Gewerkschaften der Industrieländer wäre allerdings außerordentlich deprimierend. Ein Thema für den IBFG?

An vielen Stellen des Entwurfs wird der Staat als Sozialstaat beschworen und damit deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften an dem Modell des Staates festhalten, wie es sich in der alten Bundesrepublik stufenweise entwickelt hat. Wer allerdings im Textzusammenhang öffentlicher Dienst ein entwickeltes und klares Konzept für einen neuen Sozialstaatsbegriff sucht sowie seine Finanzierbarkeit erklärt haben möchte, wird enttäuscht sein. Auf einer mittleren Abstraktionsebene zeigt sich eine entscheidende Schwäche der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Praxis. Wir kämpfen in vielen Einzelschritten um die Sicherung, um die Bewahrung, punktuell vielleicht auch um den Ausbau, vielfach aber um den möglichst langsamen „Rückbau“ sozialer Rechte, in der Arbeitsverfassung, in der Mitbestimmung, im privaten wie im öffentlichen Sektor; aber eine gemeinsame, alle, nicht nur die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst überzeugende Konzeption, wie ein moderner Sozialstaat des 21. Jahrhundert auszusehen habe, darzustellen - dazu sind wir vor lauter Pragmatik und angesichts der Unsicherheit über den Charakter der zukünftigen Gesellschaft nicht in der Lage.

Die Kritik am Entwurf ist - zumindest in der GEW - besonders heftig bei Kolleginnen und Kollegen der östlichen Länder. Besonders verständlich nach einer Tarifrunde im öffentlichen Dienst, in der die Arbeitgeber das Versprechen von Angleichung der Einkommen - die Zusage und den Traum von 1990 - offen aufgegeben haben. Die Gewerkschaften spüren, was allenthalben in dieser Gesellschaft zu beobachten ist: wir sind ratlos angesichts der auseinanderlaufenden Entwicklung in Ost und West. Ein Entwurf kann dieses Problem nicht lösen, aber er könnte es ansprechen - und zugleich unser aller Hilflosigkeit eingestehen.

Hätte es eine Alternative zu dem vorliegenden Entwurf geben können? Als Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, also letztlich Mitverantwortlicher, sage ich, ich glaube nicht. Die Diskussion in den vergangenen Jahren blieb auf wenige Menschen beschränkt. Der gesellschaftliche Wandel ist derart atemberaubend, daß uns die Möglichkeit, die Fähigkeit (und vielleicht auch der Mut?) zur programmatischen Reflexion vielfach fehlt. Fast könnte man sagen: Am Rande des Abgrunds konzentriert sich alles aufs Überleben; Theorie, gar solche, die Zweifel stärkt, scheint da nur hinderlich.

Das „Bündnis für Arbeit“ schien - gegen manche, gegen viele Zweifel - eine Zeitlang Wirklichkeit werden zu können, nach den Märzahlen schei-

terte es - Konfrontation bestimmt nun das Verhältnis der Gewerkschaften zu Regierungen wie zu Arbeitgebern. Für viele ist der Bündnisversuch damit endgültig gescheitert. Aber gibt es dafür hinreichende Argumente? Haben nicht diejenigen recht, die das Bündnis für Arbeit als Voraussetzung der jetzigen Konfrontationsmöglichkeiten ansehen? Und muß nicht der Konfrontation wieder eine Phase der Kooperation folgen - ist diese nicht sogar letztlich das einzig vertretbare Ziel des Kampfes, „Kooperation“ verstanden als Einwirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften auf Arbeitgeber und/oder Regierungen, wenn es beispielsweise um Entscheidungen zur Arbeitsverfassung und Sozialpolitik geht? Solche Abwägungen und damit verbundene Auseinandersetzungen sind im Entwurf nicht zu finden; sie prägen aber das Alltagsbewußtsein vieler aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wie behaupten wir uns unter den neuen Bedingungen? Der Entwurf hat diese Fragen im „Kopf“, aber seine Antworten sind nicht hinreichend.

Die Alternative zu dem Entwurf ist nicht der bessere Entwurf, sondern die Alternative ist der Verzicht auf einen verabschiedungsreifen Entwurf - zumindest jetzt. Wir können unsere Probleme gewerkschaftlicher Strategie offen zum Thema des Kongresses machen, die Dilemmata, in denen wir stehen, diskutieren und uns als diskutierende Organisation präsentieren. Solches wäre sicherlich ein „Abenteuer“; aber dieses könnte vielleicht die Öffentlichkeit und die Mitglieder (wie potentielle Mitglieder) mehr überzeugen als die vorgetäuschte Sicherheit eines Beschlusses. Es wäre nicht wenig, in einer Gesellschaft, deren Politikern die Reflexion ausgegangen ist, als Gewerkschaft darauf zu bestehen, daß die gegenwärtige Praxis der Gewerkschaften benannt und damit der Reflexion zugänglich wird.